



«Empfängerhinweis»

Nr: 458

München, 29. Juli 2008

Bericht aus der Kabinettsitzung:

1. **Ministerpräsident Beckstein: „Politik und Gesellschaft müssen sich aktiv den Chancen und Problemen einer älter werdenden Gesellschaft stellen“ / Sozialministerin Stewens zeigt aktuelle seniorenpolitische Handlungsfelder und Initiativen auf und nennt Schwerpunkte moderner Seniorenpolitik: „Senioren sollen möglichst lange in großer Selbständigkeit wohnen können und ihre Kompetenzen für die Gesellschaft einbringen“ (Seite 2)**
2. **Bayern nützt zusätzliche Haushaltsspielräume für weitere Aufstockung seiner Investitionsquote im Haushalt / Huber kündigt Sperrefreigaben für zusätzliche Investitionen von 100 Millionen Euro in 2008 an / Mehr Geld für Bildung, Umwelt, Mittelstand, ländlicher Raum und Kultur (Seite 4)**
3. **Bayern verbessert Rahmenbedingungen an den Schulen zum kommenden Schuljahr 2008/2009 / Kultusminister Siegfried Schneider: „Umsetzung unserer bildungspolitischen Maßnahmen wie mehr Lehrer, kleinere Klassen, Ausbau der Ganztagschulen und bessere Durchlässigkeit des Schulsystems auf gutem Weg“ (Seite 6)**
4. **Innenminister Herrmann fordert Fahrerlaubnis für Feuerwehrautos bis 4,25 Tonnen mit Pkw-Führerschein – Kabinett beschließt Bundesratsinitiative (Seite 10)**
5. **Bayern fordert härtere Konsequenzen der EU-Kommission aus dem Fortschrittsbericht zu Bulgarien und Rumänien / Europaminister Söder: „Vorgesehene Sanktionen ergreifen / Bei so schwerwiegender Missachtung des Rechtsstaats muss Aussetzung von Mitgliedschaftsrechten in Betracht gezogen werden“ (Seite 11)**
6. **Ministerrat beschließt Erhalt der Beschussverwaltung / Beschussämter in München und Mellrichstadt bleiben erhalten / Wirtschaftsministerin Müller: „Weiterhin leistungsfähige Beschussverwaltung im Freistaat“ (Seite 13)**

./.

1. Ministerpräsident Beckstein: „Politik und Gesellschaft müssen sich aktiv den Chancen und Problemen einer älter werdenden Gesellschaft stellen“ / Sozialministerin Stewens zeigt aktuelle seniorenpolitische Handlungsfelder und Initiativen auf und nennt Schwerpunkte moderner Seniorenpolitik: „Senioren sollen möglichst lange in großer Selbständigkeit wohnen können und ihre Kompetenzen für die Gesellschaft einbringen“

Das Bayerische Kabinett hat heute über Initiativen für eine älter werdende Gesellschaft beraten. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein unterstrich, dass Politik und Gesellschaft gefordert sind, sich aktiv den Chancen und Problemen einer älter werdenden Gesellschaft zu stellen. In Bayern leben heute, so Beckstein, 2,3 Millionen Menschen über 65. 2050 werden es bereits 3,5 Millionen Menschen über 65 sein – das entspricht mehr als 25 Prozent der Einwohner Bayerns. Die Zahl der über 80-Jährigen in Bayern wird im gleichen Zeitraum auf rund 1,2 Millionen Menschen ansteigen und dann fast dreimal so hoch sein wie derzeit. Beckstein: „Die demographische Entwicklung führt dazu, dass eine immer größere Zahl älterer Menschen auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sein wird. Gleichzeitig ist die zunehmende Bedeutung des Alters aber auch mit neuen Chancen verbunden. Wir können es uns nicht länger leisten, auf Wissen und Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft zu verzichten. Dieser Befund erfordert von uns allen ein neues und differenziertes Bild vom Altern: Weg von der Defizitsicht – hin zur Kompetenzsicht, ohne dabei die älteren Menschen zu vergessen, die Betreuung und Unterstützung benötigen. Bayerns Politik für eine älter werdende Gesellschaft ist von diesem Sichtwechsel geprägt.“

Schwerpunkte einer modernen und nachhaltigen Politik in diesem Bereich sind laut Sozialministerin Christa Stewens das Erkennen und Fördern von Potentialen und Ressourcen des Alterns zum Beispiel auch für das Ehrenamt, die Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der Ausbau von alternativen Wohn- und

Betreuungsformen und die Qualitätssicherung der Pflege. Stewens: „Wir müssen aufhören alt gleichzusetzen mit krank und pflegebedürftig. Wir brauchen ein positiveres, differenzierteres Bild vom Altern.“ Zentrale Bedeutung bei der Bewältigung des demografischen Wandels haben, so Stewens, die Kommunen. Um die Kommunen bei der Entwicklung zukunftsfähiger seniorenpolitischer Konzepte zu unterstützen, hat das Sozialministerium gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden den Leitfaden „Kommunale Seniorenpolitik“ herausgegeben. Dieser spannt den Bogen von integrierter Ortsentwicklung über bürgerschaftliches Engagement und alternative Wohn- und Betreuungsformen bis hin zur Hospizversorgung. Darüber hinaus werden in jedem Regierungsbezirk Förderpreise für die gelungensten und innovativsten seniorenpolitischen Gesamtkonzepte in Kommunen vergeben.

„Die meisten Senioren wünschen sich - auch im Falle der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit - möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung leben zu können. Für ein selbständiges Leben im Alter sind die Wohnung und das Wohnumfeld, Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungs- und Unterstützungsangebote von zentraler Bedeutung. Deshalb müssen wir neue bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen und zukunftsfähige Wohnformen wie beispielsweise Seniorenwohngemeinschaften, intergenerative Wohnformen, Betreutes Wohnen oder ambulant betreute Wohngemeinschaften entwickeln“, erklärte die Ministerin. Das Sozialministerium habe deshalb die „Koordinationsstelle Wohnen zu Hause“ und die „Fachstelle für ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern“ eingerichtet, die zu Fragen rund um das Wohnen im Alter zur Verfügung stehen, daneben gibt es 100 Fachstellen für pflegende Angehörige. Darüber hinaus wurden Förderprogramme zum Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen initiiert, wie beispielsweise „Betreutes Wohnen zu Hause“ oder „Alternative Wohnformen“.

„Auch mit dem bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetz, das am 1. August in Kraft treten wird, machen wir den Weg für neue Wohn-, Pfl-

ge- und Betreuungsformen frei. Durch klare Abgrenzungskriterien ambulanter Wohnformen gegenüber stationären Heimen beseitigen wir die bisher in diesem Bereich herrschende Rechtsunsicherheit“, so Stewens. Trotz des Ausbaus alternativer Wohnformen werde die stationäre Pflege weiterhin notwendig sein. „Hier setzen wir mit dem Pflege- und Wohnqualitätsgesetz Maßstäbe und stärken die Lebensqualität älterer Menschen. Wer als Einrichtungsträger die Verantwortung für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen übernimmt, muss sich auch zu dieser großen Verantwortung bekennen. Allein in den letzten zehn Jahren haben wir über 14 Millionen Euro an Fördergeldern für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für professionell Pflegende sowie für die Führungskräfte ausgereicht. Seit vergangenem Jahr fördern wir zudem die Einrichtungen mit 3.000 Euro bei der Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen“, betonte die Ministerin. Im Förderzeitraum 2007 bis 2013 stehen dafür insgesamt 3,5 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

2. Bayern nützt zusätzliche Haushaltsspielräume für weitere Aufstockung seiner Investitionsquote im Haushalt / Huber kündigt Sperrefreigaben für zusätzliche Investitionen von 100 Millionen Euro in 2008 an / Mehr Geld für Bildung, Umwelt, Mittelstand, ländlicher Raum und Kultur

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr ermöglicht es, haushaltsgesetzliche Sperrn im Umfang von 100 Millionen Euro aufzuheben und hiermit die Investitionen in Bayern weiter zu stärken. Hierüber hat Finanzminister Erwin Huber heute das Kabinett informiert. Huber: „Bereits im Nachtragshaushalt 2008 haben wir die Investitionen gegenüber dem Stammhaushalt um rund 800 Millionen Euro gesteigert und so mit über 13 Prozent Investitionsquote unsere Spitzenposition im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern weiter ausbauen können. Jetzt können wir noch mal zusätzliche Investitionen ans-

toßen, sowohl beim Staat wie auch bei kommunalen privaten Investoren.“

Von den zusätzlichen Haushaltsmitteln sollen 63 Millionen Euro im Bereich der Investitionsförderung und 37 Millionen Euro im Bereich der staatlichen Investitionen eingesetzt werden.

Bei der Investitionsförderung sind das im Wesentlichen:

- Regionale Wirtschafts- und Tourismusförderung (20,60 Millionen Euro),
- Förderung des Baus von privaten Förderschulen, Volksschulen, Gymnasien und Realschulen (12,49 Millionen Euro),
- Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen (4,12 Millionen Euro),
- Bau von Berufsbildungseinrichtungen des Handwerks und der Wirtschaft (2,12 Millionen Euro),
- einzelbetriebliche Förderung von landwirtschaftlichen Unternehmen (4,90 Millionen Euro),
- Dorferneuerung und Flurneuordnung (4,90 Millionen Euro),
- Bau von Sportstätten (1,55 Millionen Euro),
- Denkmalschutz (2,20 Millionen Euro),
- Behindertenplan (2,14 Millionen Euro),
- und Film- und Medienförderung (2,50 Millionen Euro).

Bei den staatlichen Investitionen werden folgende Bereiche einbezogen:

- Staatsstraßenbau (21,20 Millionen Euro),
- staatlicher Wasserbau (8,57 Millionen Euro),
- staatlicher Hochbau - Anlage S (5,10 Millionen Euro),
- und technische Ausstattung von polizeilichen Spezialkräften (2,00 Millionen Euro).

Huber betonte: „Schon im Nachtragshaushalt sind viele Verbesserungen im Bereich der Investitionsförderung enthalten, vor allem das Son-

derprogramm in Höhe von 200 Millionen Euro zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen sowie die deutliche Erhöhung der regionalen Wirtschaftsförderung um 36,5 Millionen Euro. Mit der Freigabe der Haushaltssperre stellen wir jetzt insbesondere Dritten und Kommunen zusätzliche Mittel bereit, außerdem können wir weitere dringende Investitionen in die staatliche Infrastruktur anstoßen.“

3. Bayern verbessert Rahmenbedingungen an den Schulen zum kommenden Schuljahr 2008/2009 / Kultusminister Siegfried Schneider: „Umsetzung unserer bildungspolitischen Maßnahmen wie mehr Lehrer, kleinere Klassen, Ausbau der Ganztagschulen und bessere Durchlässigkeit des Schulsystems auf gutem Weg“

Zum kommenden Schuljahr 2008/2009 werden die Rahmenbedingungen für Unterricht und Erziehung an Bayerns Schulen weiter verbessert. Wie Kultusminister Siegfried Schneider betonte, ist die Umsetzung der vom Ministerrat in den letzten Monaten beschlossenen Maßnahmen wie mehr Lehrer, Abbau großer Klassen, Ausbau der Ganztagschulen und bessere Durchlässigkeit des Schulsystems auf gutem Weg. Schneider: „Mein Anliegen ist es, die gute Bildungssituation in Bayern noch besser zu machen. Wir wollen alle Kinder mit ihren Talenten bestmöglich fördern, aber wir erwarten auch, dass jeder Einzelne sich einbringt. Fordern und fördern - das ist der Grundsatz der bayerischen Bildungspolitik. Wir tun alles, damit Bayern Bildungsland Nummer 1 in Deutschland bleibt.“ So stellt Bayern allein im kommenden Schuljahr 2.245 zusätzliche Lehrkräfte ein, senkt die Obergrenze der Klassen ab, baut die Ganztagschulen weiter aus, erhöht die Durchlässigkeit des Schulwesens und verstärkt die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Im Kabinett gab der Minister einen Überblick darüber, inwieweit die bildungspolitischen Maßnahmen der Staatsregierung bereits im kommenden Schuljahr zu konkreten Verbesserungen führen. Hierzu gehören:

Stärkung des gegliederten Schulsystems mit einer starken Hauptschule:

Das gegliederte Schulwesen wird weiter gestärkt und hierzu gehört auch die Hauptschule. Schneider: „Der Freistaat investiert in ein starkes Gymnasium, eine starke Realschule und eine starke Hauptschule als Schule für Handwerk, Technik und soziale Berufe. Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren Hauptschulen. Deswegen läuft die Hauptschulinitiative im nächsten Schuljahr planmäßig weiter. Alle Schüler sollen diese Schule mit der Ausbildungsreife verlassen. Durch Kooperationen können auch einzügige Hauptschulen erhalten werden.“ Im Schuljahr 2008/2009 werden unter anderem 175 neue Ganztagszüge hinzukommen, die Hauptschulinitiative wird extern evaluiert, Klassen mit mehr als 30 Schülern werden abgebaut und das neue Förderlehrerinstitut in Freising nimmt ab September seine Arbeit auf. Ziel ist es auch, die Zahl der Schüler (7 Prozent), die bisher die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, weiter zu senken. Bayern werde aber auch den Hauptschülern, die nach der Schule Probleme beim Eintritt in eine Ausbildung hätten, unter die Arme greifen, so Schneider. Maßnahmen seien das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufseinstiegsjahr und das BerufsinTEGRATIONSJAHR.

Achtjähriges Gymnasium im Konsens weiter entwickelt

Das achtjährige Gymnasium wird im neuen Schuljahr weiterentwickelt. Kultusminister Schneider hat dazu mit dem Philologenverband, der Landes-Elternvereinigung und der Direktorenvereinigung ein Maßnahmenbündel erarbeitet. Es umfasst eine moderate Reduzierung des Lehrstoffs, eine geringfügige Kürzung der verpflichtenden Unterrichtsstunden und organisatorische Maßnahmen, die die Belastung der Schülerinnen und Schüler in der Unter- und Mittelstufe begrenzen und Vereinsaktivitäten besser ermöglichen. Mit dem neuen Schuljahr kommen die ersten Schülerinnen und Schüler des G 8 in die 10. Jahrgangsstufe.

Berufliche Oberschule wird flächendeckend eingeführt

Die Durchlässigkeit des bayerischen Schulwesens wird weiter ausgebaut. Zum kommenden Schuljahr wird flächendeckend die Berufliche Oberschule als zweiter gleichwertiger Weg zur Fachhochschulreife, zur fachgebundenen Hochschulreife und zum Abitur eingeführt. Flächendeckend werden auch die Brückenangebote etwa für Absolventen des M-Zuges von Hauptschulen ausgebaut. Außerdem gibt es ab dem kommenden Schuljahr mehr Möglichkeiten, neben der beruflichen Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben, etwa mit den Modellversuchen „Berufsschule plus“ oder „Duale Berufsausbildung und Fachhochschulreife“. Zudem können Meister und Techniker ab dem kommenden Wintersemester das Studium an der Fachhochschule aufnehmen.

Höchstgrenze von Schülern pro Klasse wird weiter abgesenkt

Im kommenden Schuljahr wird die Höchstgrenze von Schülern pro Klasse weiter abgesenkt, und zwar auf maximal 33 Schüler an Realschulen und Gymnasien, auf 30 Schüler an Grund- und Hauptschulen. Dazu stellt der Freistaat allein 1.031 Lehrerstellen zur Verfügung. Bis 2013 soll die Obergrenze von 30 Schülern an weiterführenden und 25 Schülern an Grundschulen erreicht werden.

Mehr Sprachförderung

Um 50 Prozent ausgeweitet wird der Umfang der Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund im Vorschulalter – nämlich von derzeit 160 Stunden auf dann 240 Stunden. „So legen wir eine gute Grundlage dafür, dass die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Grundschule die deutsche Sprache beherrschen“, erläuterte Schneider. Der Minister forderte die Eltern dieser Kinder dazu auf, die deutsche Sprache aktiv zu gebrauchen.

Zahlreiche Neueinstellungen von Lehrkräften

Im Bereich der Grundschulen stellt der Freistaat noch bis Ende 2008 insgesamt 915 Lehrkräfte ein, 765 im September und weitere 150 im November. In den Hauptschulen werden alle 373 Bewerbungen positiv be-

handelt. Rund 770 Vollzeitlehrkräfte wird der Freistaat für Realschulen einstellen, rund 700 Bewerber mit der entsprechenden Qualifikation stehen für Gymnasien zur Verfügung, weitere Beschäftigungsmöglichkeiten sind geschaffen. Die Gymnasien selbst werden mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mittel weitere Lehrkräfte beschäftigen. So kann das Budget, das den Gymnasien zugewiesen wird, um fünf Prozent erhöht werden. „Mit den Neueinstellungen können wir den Unterricht sichern und vielerorts die Situation weiter verbessern“, so Minister Schneider. Allerdings liegen Schneider zufolge nicht in allen Fächern so viele Bewerbungen vor, wie der Freistaat einstellen könne. Das betreffe vor allem Fächer wie Mathematik und Physik für Realschulen und Gymnasien, aber auch Latein für das Gymnasium. Deshalb gebe es für diese Fächer je nach Schulart auch die Möglichkeit zum Quereinstieg.

Ganztagsschulen werden konsequent ausgebaut

„Mit dem konsequenten Ausbau der Ganztagsschulen werden wir die sehr gute Basis des bayerischen Bildungswesens weiter festigen“, betonte Schneider. Im kommenden Schuljahr werden an über 330 Hauptschulstandorten (derzeit 161) rhythmisierte Ganztagszüge bestehen, ebenso an 40 Grundschulen und erstmals an 30 Förderzentren. „Für das Schuljahr 2008/2009 haben wir alle Anträge auf Einrichtung einer Ganztagsschule genehmigt und wir haben auch allen Anträgen auf offene Ganztagsschulen für das kommende Schuljahr entsprochen“, erklärte der Minister. In rund 1.700 Gruppen könne im kommenden Schuljahr die Mittagsbetreuung bis 16 Uhr ausgeweitet werden.

4. Innenminister Herrmann fordert Fahrerlaubnis für Feuerwehrautos bis 4,25 Tonnen mit Pkw-Führerschein – Kabinett beschließt Bundesratsinitiative

Das Kabinett hat heute auf Vorschlag von Innenminister Joachim Herrmann eine Bundesratsinitiative beschlossen, damit Feuerwehrautos und

andere Einsatzfahrzeuge im Katastrophenschutz bis 4,25 Tonnen auch weiterhin mit dem Pkw-Führerschein gefahren werden können.

Im Jahr 1999 wurde die Fahrerlaubnisklasse B eingeführt. Diese Klasse berechtigt im Unterschied zur früheren Fahrerlaubnisklasse 3 nicht mehr zum Führen von Kraftfahrzeugen bis 7,5 Tonnen, sondern nur noch bis 3,5 Tonnen. Herrmann: "Diese Klasseneinteilung stellt insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren, die Rettungsdienste und die Technischen Hilfsdienste vor große Probleme. Besonders deshalb, weil bestimmte Fahrzeuge aufgrund technischer Neuerungen ganz überwiegend schwerer als 3,5 Tonnen sind", so Herrmann.

So haben beispielsweise neue Löschfahrzeuge der Feuerwehr aufgrund der technischen Entwicklungen eine tatsächliche Fahrzeugmasse von rund 3,8 Tonnen. Vergleichbares gelte auch für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes. Herrmann sagte, dass diese Fahrzeuge trotzdem eher einem Pkw als einem typischen Lastwagen ähneln.

"Die EU erschwert dem Feuerwehrynachwuchs durch ihre strengen Richtlinien das ehrenamtliche Engagement. Nachdem aber die Gemeinden für den Brandschutz gerade stehen müssen, wird es gerade finanzschwächere kleinere Gemeinden zunehmend vor Probleme stellen, wenn sie für die Kosten eines Führerscheins für die Feuerwehrangehörigen aufkommen müssen."

Der Ministerrat schlägt jetzt vor, mit einer Entschließung des Bundesrates die Bundesregierung aufzufordern, durch eine Änderung des Straßenverkehrsrechts eine ausreichende Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass Angehörige der Feuerwehren, der Rettungsdienste und der Technischen Hilfsdienste mit einem Pkw-Führerschein künftig Einsatzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 4,25 Tonnen fahren dürfen. Innenminister Joachim Herrmann: "Ich halte eine Ausnahme für den Bereich bis 4,25 Tonnen auch aus Sicht der Verkehrssicherheit für

absolut vertretbar." Bereits jetzt könne die Kombination aus einem normalen Pkw plus einem Anhänger ein zulässiges Gesamtgewicht von 4.250 Kilogramm erreichen.

Herrmann verwies darauf, dass sich auch der Landesfeuerwehrverband dieser Initiative angeschlossen hat und sie nachhaltig unterstützt: "Die Staatsregierung hat sich von Anfang an vehement für die Interessen der Feuerwehren eingesetzt. Die Bundesregierung hat die Möglichkeit nach EU-Recht, für Katastrophenschutzfahrzeuge Ausnahmen vorzusehen. Für unsere Freiwilligen Feuerwehren und andere Helfer im Katastrophenschutz sollte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee ausdrücklich davon Gebrauch machen."

5. Bayern fordert härtere Konsequenzen der EU-Kommission aus dem Fortschrittsbericht zu Bulgarien und Rumänien / Europaminister Söder: „Vorgesehene Sanktionen ergreifen / Bei so schwerwiegender Missachtung des Rechtsstaats muss Aussetzung von Mitgliedschaftsrechten in Betracht gezogen werden“

Bayern fordert mehr Konsequenzen der EU-Kommission aus dem Fortschrittsbericht zu Bulgarien und Rumänien. Europaminister Söder verlangt: „Die EU-Kommission muss härtere Konsequenzen ziehen. Die europäische Staatengemeinschaft kann nicht länger tatenlos elementare und systematische Verstöße gegen den Rechtsstaats hinnehmen. Auch eine Aussetzung von bestimmten Mitgliedschaftsrechten muss in Betracht gezogen werden. Ohne Fortschritte darf es keine EU-Förderung geben.“ Söder sprach sich dafür aus, den beiden Staaten keinen Zugang zu sensiblen Dokumenten zu geben, die für die Sicherheit der EU-Staaten relevant sind. Auch die Einbeziehung der beiden Staaten in den Schengenraum ohne Grenzkontrollen sei noch nicht möglich. Der Minister kritisierte, dass die Kommission auf Schutzmaßnahmen im Bereich Justiz und Inneres verzichtet hat. Söder: „Korruption, Organisierte Kriminalität und Käuflichkeit der Justiz sind in Bulgarien

und Rumänien nach wie vor ein großes Problem. Wir brauchen deshalb die konsequente Anwendung von Schutzmaßnahmen, wie sie in der Beitrittsakte festgelegt sind.“

Söder begrüßte das von der Kommission für Bulgarien vorgeschlagene Einfrieren von Fördermitteln als ersten Schritt. „Gerade Bulgarien muss bei der Verwendung der EU-Mittel schnell ernsthafte Verbesserungen vorweisen. Die Steuerzahler erwarten zu Recht einen lückenlosen Nachweis, dass die Mittel nicht in dunkle Kanäle fließen. Bulgarien muss eng mit der Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF kooperieren. Sonst leidet die Akzeptanz der EU bei den Menschen in Europa“, betonte der Minister. In der Ernennung von Meglena Pluhtschieva zur stellvertretenden bulgarischen Ministerpräsidentin sieht der Minister ein ermutigendes Zeichen für eine rechtmäßige Verwaltung von EU-Mitteln in Bulgarien. Er kündigte eine engere Zusammenarbeit bayerischer und bulgarischer Experten bei der Korruptionsbekämpfung an. Söder: „Ich freue mich, dass die bulgarische Regierung beginnt, den Ernst der Lage zu erkennen. Bayern wird die Zusammenarbeit mit Bulgarien bei der sachgerechten Vergabe und transparenten Verwendung von EU-Mitteln weiter verstärken.“

6. Ministerrat beschließt Erhalt der Beschussverwaltung / Beschussämter in München und Mellrichstadt bleiben erhalten / Wirtschaftsministerin Müller: „Weiterhin leistungsfähige Beschussverwaltung im Freistaat“

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung grünes Licht zum Erhalt der bayerischen Beschussverwaltung gegeben. „Wir stellen damit die Weichen dafür, dass wir im Freistaat eine leistungsfähige Beschussverwaltung haben. Die beiden Beschussämter in München und Mellrichstadt bleiben erhalten. Die bayerischen Schützen, Traditionsvereine, Handwerker und Unternehmen werden auch in Zukunft gesicherten Zugang zu hochqualitativen Beschuss- und Materialprüfungsleistungen

haben“, erklärte Wirtschaftsministerin Emilia Müller. Die Staatsregierung habe sich entschlossen, die Beschussverwaltung beizubehalten, um auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung Bayerns mit qualitativ hochwertigen Beschussdienstleistungen zu gewährleisten. Durch behördeninterne Reformmaßnahmen sollen den hoch qualifizierten und spezialisierten Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden. Müller: „Zu den zentralen Zielen der Reform gehört es, die wirtschaftliche Effizienz zu erhöhen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Beschussverwaltung langfristig zu sichern.“

Die bayerische Beschussverwaltung mit den Beschussämtern in München und Mellrichstadt ist dem Bayerischen Landesamt für Maß und Gewicht untergeordnet. In beiden Beschussämtern werden amtliche Beschussprüfungen (Sicherheitsprüfung von Waffen, Böllern und Munition) und nicht-amtliche Materialprüfungen (Prüfung von gepanzerten Produkten) durchgeführt.

gez.
Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++